

Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen · Markt 1 · 09111 Chemnitz

Kreiselternrat Chemnitz

**Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen  
im Stadtrat Chemnitz**

Rathaus, Zi. 109  
FON: 0371-488-1325 oder 0177-2810908  
FAX: 0371-488-1394  
e-mail: gruenechemnitz@t-online.de  
Internet: www.gruenechemnitz.de

23.10.03

Sehr geehrte Damen und Herren,

für Ihren Offenen Brief vom 22.09.03 danken wir. Bitte haben Sie Verständnis, dass wir Ihre Anfragen zum Schulgesetz nicht im Detail beantworten können. Auch gehört kein Mitglied unserer Fraktion dem Schulausschuss an. Erlauben Sie uns dennoch, einige grundsätzliche Ausführungen zu der von Ihnen angesprochenen Problematik zu machen:

Als wir im Dezember 2000 vom Oberbürgermeister forderten, sich nicht vom Freistaat erpressen zu lassen und so viel wie möglich wohnortnahe Schulen zu erhalten, hat er uns Unredlichkeit vorgeworfen und sich auf das sächsische Schulgesetz zurückgezogen. Doch durch die Herangehensweise des Kreiselternrates an die Schulnetzplanung ist es möglich geworden, mehr Schulen zu erhalten, ohne gegen das Schulgesetz zu verstoßen. **Einer Änderung dieser vom Stadtrat beschlossenen Schulnetzplanung mit dem Ziel, weitere Grundschulen zu schließen, wird die Fraktion B90/Grüne gegenwärtig nicht zustimmen. Wir lehnen es nach dem erreichten Konsens mit dem Kreiselternrat ab, weitere Grundschulen aus Kostengründen zu schließen, gegen deren Erhalt zur Zeit keine gesetzlichen Vorschriften sprechen.**

Unsere Gründe:

1. Die prekäre Finanzlage zwang den Stadtrat am 11.12.02 über insgesamt 69 Sparmaßnahmen des Haushaltssicherungskonzepts (HSK) zu befinden. Mit der Sparmaßnahme Nr. 17 empfahl die Verwaltung die Schließung von weiteren 11 Schulen in Chemnitz und stellte damit den nach heftigem Bürgerprotest mit dem Kreiselternrat ausgehandelten Kompromiss zur Schulnetzplanung wieder in Frage. Doch der Stadtrat lehnte im Dezember 2002 konsequenterweise diese Einsparung mit den Stimmen von B90/Grüne mehrheitlich ab.

2. Aus Sicht der Verwaltung wird die prekäre Finanzsituation der Kommune in erster Linie durch die Finanzpolitik des Bundes und des Freistaates Sachsen verursacht. Aus unserer Sicht ist es zu der heiklen Finanzlage aber auch deshalb gekommen, weil die Stadt Chemnitz in einzelnen Bereichen seit Jahren über ihre Verhältnisse gelebt hat und lebt. Beispiele dafür sind die Beschlüsse des Stadtrates (die von der Fraktion B90/Grüne nicht mitgetragen wurden):

- zum Südverbundweiterbau Zschopauer Straße bis Frankenberger Straße 2001 - voraussichtliche Gesamtkosten ca. 80 Mio € \*
- zur teuersten Sanierungsvariante der Wandererhalle 2001 – voraussichtliche Kosten in den nächsten zehn Jahren mindestens 26 Mio €
- zum Gewerbegebiet "Wasserschänke" 2002 – geplante Investition ca. 14,9 Mio € \*
- zum neuen Museum am Falkeplatz 2003 – geplante Investition 5,7 € \*.

Die geplante Einsparung (Bewirtschaftungskosten gemäß o.g. HSK Maßnahme 17) bei der Schließung einer Schule beträgt demgegenüber durchschnittlich 41.000 €. Nur allein mit der Summe, die die Stadt z.B. für das jährliche Honorar des Stifters der Gunzenhauser-Sammlung aufbringen muss, könnten 2-3 Schulgebäude ein Jahr lang bewirtschaftet werden.

3. Wir lehnen die Konzentration von Kommunalpolitik auf städtische Großprojekte ab. Sie führt zwangsläufig zur Vernachlässigung von ureigensten kommunalen Aufgaben wie die Erhaltung und Betreibung von Schulen oder Kindertagesstätten. Wir verurteilen es auch, wenn Eltern an der Schulnetzplanung nur zum Schein beteiligt wurden, um Tausende Chemnitzer, die das Bürgerbegehren zum Schulerhalt unterstützt haben, zu beruhigen. Doch bedenken Sie bitte, unsere Fraktion kann nur mit 3 Stadträten (von 60) für diese Position eintreten.

Gerne informieren wir Sie auch zukünftig über unsere Standpunkte und Initiativen im Stadtrat und senden Ihnen aller zwei Monate unser Fraktionsinfo kostenlos zu. Das Heft kann unter [www.gruenechemnitz.de](http://www.gruenechemnitz.de) bestellt werden.

Mit freundlichen Grüßen,

i. A. Volkmar Zschocke  
Geschäftsführer

---

<sup>1</sup>\* Beteiligung Bund, Land oder Privatpersonen noch nicht geklärt